

Wirtschaft und Finanzen

Von unserem Redakteur Lucien Montebusco, zzt. Almaty

Wenn die Politik Türen aufstößt zu Geschäftsmöglichkeiten in anderen Ländern, dann müssen die Geschäftsleute den Eingang nutzen. Das geschah gestern unter anderem durch das Wirtschaftsforum der Luxemburger Handelskammer in Almaty.

Den ersten Tag seines offiziellen Besuchs in der Republik Kasachstan nutzte Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker für hochoffizielle Gespräche mit dem kasachischen Staatspräsidenten Nursultan Nasarbajew und Premierminister Karim Massimow. Wirtschaftsminister Jeannot Krecké bemühte sich seinerseits bei seinen kasachischen Amtskollegen, Luxemburger Betrieben den Weg in die kasachische Wirtschaft zu ebnen. Mit unterschiedlichen Erfolgen, wie am Rande des Besuchs zu vernehmen war.

Die Cargolux, die Kasachstan bereits mehrmals die Woche anfliegt, muss noch auf die Ratifizierung des Luftfahrtabkommens zwischen beiden Ländern im kasachischen Parlament warten. Die SES-Vertreter blicken optimistisch auf weitere Geschäfte in Kasachstan. Die Betzdorfer Firma liefert mit ihren Satelliten bereits die technische Basis für das kasachische Fernstudienprojekt e-learning und das Programm e-medicine für die medizinische Ferndiagnose.

Gestern Nachmittag stellten sich Luxemburgs Handelskammer und Luxemburgs Finanzplatz vor. Die Einleitung zu diesem Wirtschaftsforum in Almaty, der alten Hauptstadt Kasachstans, machte erneut die Politik. Premierminister Jean-Claude Juncker unterstrich die politische Stabilität Luxemburgs. Er sei bereits seit fast 15 Jahren Staatsminister und das immer durch demokratische Wahlen, witzelte er, um dann auf das zuverlässige, regelmentarische Umfeld hinzuweisen, das die Handelsbeziehungen erleichtert.

Wirtschaftsminister Jeannot Krecké stellte den rund 50 kasachischen Geschäftsleuten das Luxemburger Modell vor, ein formalisierter Dialog zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten, um Probleme zu lösen, bevor sie zu groß würden. Er erwähnte die rezenten, schweren Arbeitsunfälle in der Textilindustrie in



Fotos: SIP/Charles Carattini

Minister Krecké als Redner beim Wirtschaftsforum

in Kasachstan. Man scheue sich als Luxemburger Regierung nicht, beim Stahlkonzern für gute Arbeitsbedingungen in all seinen Werken einzutreten, betonte Krecké.

Luxemburgs Energieminister hob die wachsende Bedeutung Kasachstans als Energielieferant Europas hervor. Er halte nichts von Gerüchten über die Gefahr politischer Einflussnahme durch bedeutende Energielieferanten. Als kleines Land lasse man sich nicht von großen Firmen einschüchtern, so Krecké, der anschließend auf die Rolle Luxemburgs als Finanzplatz hinwies.

Finanzplatz Zentralasiens

Näheres dazu gab es von Ferdinand Grulms, CEO von „Luxembourg for Finance“, nachdem Pierre Gramegna, Generaldirektor der Handelskammer, das industrielle Potenzial Luxemburgs ausgeleuchtet hatte.

Vor allem der Finanzplatz Luxemburg und seine Erfahrungen als Finanzdienstleister interessieren Kasachstan, das sich bereits als zukünftiger Finanzplatz Zentralasiens sieht. Präsident Nasarbajew hatte am Vortag von den Möglichkeiten einer Kooperati-

tyner Wochenzeitung „Panorama“ betitelte den Bericht über die Luxemburger Visite mit den Ausbildungsmöglichkeiten für kasachische Banker in Luxemburg – ein Angebot von Premierminister Jean-Claude Juncker bei seinen politischen Gesprächen am Donnerstag.

Die Zusammenarbeit im Finanzbereich hatten luxemburgische und kasachische Regierungsmitglieder in Anwesenheit von Staatsanwälten beider Länder bereits im Februar 2007 erörtert. Damals ging es auch um die Bekämpfung der Geldwäsche. Kasachstan soll in Bälde ein diesbezügliches Gesetz bekommen. Es soll das Land in diesem Bereich auf europäisches und amerikanisches Niveau bringen.

Einer Fortbildung junger kasachischer Finanzexperten in Luxemburg begrüßte auch Yves Mersch, Präsident der Luxemburger Zentralbank. Es würde ihn freuen, wenn junge kasachische Banker die „Luxembourg School of Finance“ besuchen würden, statt sich in den USA weiterbilden zu lassen, sagte er dem Tageblatt. Da eine Einschreibung jedoch etliche Tausend Euro kostet, wäre die Zentralbank bereit, die Studiengebühren für einige Studenten zu übernehmen.